

Es gilt das gesprochene Wort



Jahresmedienkonferenz

Bildung, Forschung und Technologie (BFT) – Bausteine für die Zukunftssicherung

Einleitende Bemerkungen von Dr. Rudolf Walser, Geschäftsleitungsmitglied economisesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Höhere Bildungsausgaben lassen sich bekanntlich nicht automatisch in eine Verbesserung des Humankapitals, der Produktivität und damit in höheres Wachstum transformieren. Ebenso sind die Beziehungen zwischen privaten und öffentlichen Forschungsausgaben mit dem Wachstum komplex. Gleichwohl kann kein Zweifel darüber bestehen, dass ein leistungsfähiges Bildungs- und Forschungssystem – gleich wie ein innovationsfreundliches Finanz- und Steuersystem - ein eminenter wachstumsrelevanter Faktor ist. Dieser wird im Zug des wirtschaftlichen Strukturwandels noch an Bedeutung gewinnen; vor allem trifft dies für die Tertiärausbildung als Beförderer der wirtschaftlichen Innovationsfähigkeit zu. Auch wenn Geld in Bildung, Forschung und Technologie nicht alles ist, so wird die Schweiz ohne die Bereitstellung von ausreichenden staatlichen Mitteln als Bildungs-, Forschungs- und Wirtschaftsraum Schweiz nicht bestehen können. Dabei darf auch der Frage nicht aus dem Weg gegangen werden, wie eine stärkere Beteiligung von Privaten an der Finanzierung der Tertiärausbildung möglich ist. Schliesslich müssen selbstverständlich auch die Strukturen des Wissenschaftssystems für mehr Effizienz und mehr Wettbewerb anpassungsfähig bleiben, gleichzeitig aber auch offen sein für mehr Kooperation und freiwillige Netzwerkiniciativen in der angewandten F+E. Letztlich kann ein Hochschulsystem nicht nur ideell tragbar sein, sondern es muss auch ökonomisch sinnvoll ausgestaltet sein.

In der Sondersession der Eidg. Räte von Anfang Mai steht u.a. auch die BFT-Botschaft, mit welcher der Bundesrat einen Zahlungsrahmen von 17,3 Milliarden Franken beantragt, auf der Agenda. Diese ist noch unter einem optimistischen Finanzplan des Bundes ausgearbeitet worden. In der Zwischenzeit haben sich die Perspektiven des Bundeshaushaltes stark eingetrübt. Bei diesen veränderten Vorzeichen geht die Wirtschaft bei der Beurteilung der BFT-Botschaft von den folgenden Prämissen aus:

1. Die universitären Hochschulen als Fundament des schweizerischen Forschungssystems müssen international attraktiv bleiben.

2. Die Fachhochschulen erfüllen mit ihrer Praxisnähe und ihrer Anwendungsbezogenheit eine wichtige Funktion im Hochschulsystem.
3. Das duale Berufsbildungssystem stellt als Element einer differenzierten Ausbildung eine wichtige Eingangspforte ins Erwerbsleben dar, und
4. die Umsetzung und Valorisierung von Wissen ist zu beschleunigen, wobei vor allem auch KMU als Katalysatoren für Innovation gestärkt werden sollen.

Wenn der BFT-Bereich trotz seines prioritären Charakters nach dem Willen der WBK-N auch der Kreditsperre unterstellt werden soll, um die bundesrätliche Sanierungsstrategie nicht zu gefährden, so kommt es natürlich entscheidend darauf an, wie deren Verteilung vorgenommen wird. Betroffen wäre ein Kreditvolumen mit insgesamt 480 Millionen Franken für die Periode 2004 – 2007. In diesem Zusammenhang gehen wir davon aus, daß die Kreditsperre allgemein zur Anwendung gelangt und nicht bloss im BFT-Bereich praktiziert wird. Dagegen würden wir uns mit aller Entschiedenheit wehren. Anerkennt man die obigen Prämissen als Richtschnur, so sollten die folgenden Bereiche möglichst verschont bleiben, vor allem auch vor einem möglichen Sparpaket II:

- die Finanzierung der Berufsausbildung,
- die Kredite für den ETH-Bereich,
- die Kredite für die universitären Hochschulen einschliesslich die Ausbildungsbeiträge,
- die Finanzierung der Fachhochschulen,
- die Beiträge an den Schweizerischen Nationalfonds (ohne NFP),
- die Finanzierung der Tätigkeit der Kommission für Technologie und Innovation im nationalen und internationalen Rahmen,
- die Beiträge an die experimentelle und angewandte Krebsforschung sowie an die Forschung in den Bereichen Elektronik, Mikrotechnik und Mechatronik (CSEM, IMP).

Dies impliziert notwendigerweise, die Ansprüche in andern Gebieten zu begrenzen bzw. Effizienzsteigerungen zu realisieren. Dabei ist es unumgänglich, den Blickwinkel weiter zu öffnen und auch bildungs- und forschungspolitische Bereiche einzubeziehen, die nicht Gegenstand der BFT-Botschaft sind.

- Einsparungen gemäss Vorschlägen des Schweiz. Wissenschafts- und Technologierats (bei ausgewählten Forschungsinstitutionen und beim Dialog Wissenschaft/Gesellschaft, Verzicht auf Schweizer Häuser) 25 Mio. Fr.
- Reduktion des Stellenausbaus auf max. 10 Einheiten, die vor allem für die Berufsbildung und die KTI reserviert werden sollten 13 Mio. Fr.

- Erhöhung der Grundbeiträge an die Kantonalen Hochschulen und Verzicht auf projektgebundene Beiträge (71 Mio. Fr.) und auf zentrale Technologietransferstellen und Informationsplattformen für den Technologiebereich (16 Mio. Fr.) 87 Mio. Fr.
- Kredite für Gender-Studies zugunsten des NF streichen 6 Mio. Fr.
- Reduktion der Ressortforschung 100-150 Mio. Fr.
- Abschaffung der Nationalen Forschungsprogramme (NFP) und Aussetzung eines Leonhard Euler-Preises für Spitzenforschung 40 Mio. Fr.
- Übertragung der anwendungsbezogenen Energieforschung an die KTI
- Überprüfung aller bilateralen und multilateralen Zusammenarbeitsprogramme im Bereich von Bildung und Forschung (z.B. Francophonie, Institutes for Advanced Studies, COST, usw.)

Ohne leistungsfähiges Bildungs- und Forschungssystem keine Qualität. Und ohne Qualität keine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Darauf ist die Schweiz in Zukunft jedoch mehr denn je angewiesen.

29. April 2003